

- Übergriffe haben Vertrauen erschüttert – ein Satz der gestrichen wurde // Zeit, die in der Gesellschaft bereits von Debatten um Zuwanderung geprägt war:
 - Probleme mit der Täterklientel bestehen in Köln nachvollziehbar durch den Ausschuss bereits seit 2011
 - Keine adäquate Unterstützung durch das Landes-Innenministerium (keine landesweite Bekämpfungsstrategie initiiert, stattdessen öffentlichkeitswirksame Blitz-Marathone, mit denen Tausende Polizisten landesweit an die Radar-Warngeräte gestellt wurden)
- Viel zitierte „Offene Fehlerkultur“ von Innenminister und Ministerpräsidentin darf sich nicht nur auf die Polizeibehörden beziehen, sondern auch auf die Landesregierung und die Landesbehörden
 - Wir haben als CDU und FDP den Eindruck gewonnen, dass insbesondere wenn es um die Aufarbeitung von Fehlern in Landesregierung und Landesbehörden geht, die Landesregierung nicht an der Seite des Ausschusses stand, nicht auf der Seite der Aufklärung stand.
 - Woraus schließen wir das? Streit um zurückbehaltene Unterlagen aus der Staatskanzlei, keine wirkliche Aufarbeitung des parlamentarischen Kontrollauftrages in Bezug auf die Reaktion der Mitglieder der Landesregierung, inner- und interministerielle Abläufe
 - Storno-Anruf: Fehlende Datensicherung, ausgerechnet der 1. Januar 2016 gelöscht
- „Kleinen hängt man, Große lässt man laufen“: So werden Sie im Schlussbericht lesen, dass keinem der DGL aufgefallen sein soll, dass es sich um sehr ungewöhnliche Straftaten gehandelt hat. Das stimmt nicht: Es ist dem DGL des Frühdienstes aufgefallen, der danach die WE-Meldung verfasst hat. Ehemaliger PP hat Brisanz erkannt, Lagedienst der Landesregierung und dem Lagezentrum im LKA ist es ebenfalls aufgefallen. Das, was SPD und Grüne hier machen, ist ein Umschreiben von Geschichte und Abläufen.
- Täuschen, tricksen, verheimlichen: Die Strategie-Jäger macht sich jetzt Rot-Grün beim Abschlussbericht zu eigen. Das Streichen und Schönen von Textpassagen ist den Opfern, der Öffentlichkeit und der einjährigen Arbeit des Ausschusses unwürdig. Wir wollen einen Abschlussbericht, der Fehler aufdeckt, Tatsachen beschreibt und daraus die Lehren zieht. Das Verschweigen von Verantwortung und Fehlern akzeptieren wir nicht. Aus diesem Grund haben wir zusammen mit der FDP heute ein Sondervotum zum Abschlussbericht abgegeben.

- Seite 1121: Frauen – Anzahl Opfer – unwürdige Verteidigungslinie – Schlag ins Gesicht von Mädchen und Frauen, die Opfer von sexuellen Übergriffen geworden sind – und das von höchster politischer Ebene // Nicht-Wollen des Anhörens von weiblichen Geschädigten durch SPD/Grüne // Notrufe nicht ausgewertet – wird als Fehler bewertet // Hinweisen aus KPB Bonn und aus Köln nicht nachgegangen // Dunkelziffer
- Es ist durchsichtig, wenn Rot-Grün jetzt versucht die Geschichte umzuschreiben, um damit die Regierung-Kraft zu schützen. Sämtliche Kritik, die sich gegen das NRW-Innenministerium und Innenminister Jäger richtet, soll aus dem Bericht verschwinden. Wichtige Abschnitte und sogar ganze Kapitel sollen storniert werden. Der Untersuchungsausschuss hat wichtige Aufklärungsarbeit geleistet. Dies muss auch im Abschlussbericht stehen.